



Freie Demokratische Partei

FDP-Ortsverband Sinzheim

8. Februar 2023

Geordnete Finanzen für 2023 und Folgejahre?

Anfang 2021 mussten wir bei der Beratung des Haushaltes 2021 das Schlimmste befürchten, was dann dank guter Gewerbesteuererinnahmen und schuldenfinanzierter Hilfen aus Stuttgart nicht eintraf – nun trifft es uns nach vertretbarem Nachtragshaushalt für 2022 mit aller Wucht: Mit einem **Verlust** von **1.376.200 €** verabschieden wir heute einen Haushalt 2023, bei dem wir in den Beratungen keine Verbesserungen erreicht haben trotz des Ernstes der Lage. Denn: Auch wenn unsere Verwaltung für 2024 wieder ein positives Ergebnis in etwa dieser Höhe prognostiziert: Im Durchschnitt der Jahre 2023 bis 2026 erwarten wir gerade ein ausgeglichenes Ergebnis. Unser beträchtliches Eigenkapital wirft also keinen Zins ab, mit dem wir die ständig steigenden höheren Investitionen und die zu erwartenden höheren Personalkosten decken können.

Am Ende der mittelfristigen Planung werden daher im Gemeindehaushalt **deutlich erhöhte Schulden** stehen. Und auch in den „Nebenhaushalten“ der Gemeindewerke müssen wir wegen hoher Investitionen mit erheblichen Kreditaufnahmen rechnen, wenn wir alles Geplante auch realisieren wollen.

Vorab aller Beurteilungen und Zahlen: Auf unsere Kämmerei war immer Verlass – das gilt auch für den neuen Kämmerer. Sie liefert sowohl bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben, die für 4 Jahre geschätzt werden müssen, in der Regel Daten, die uns Gemeinderäten die Beschlüsse über unser jährliches Haushaltsvolumen wie über Investitionen und deren

Finanzierung möglich machen – selbst in Krisenzeiten, in denen hohe Unsicherheiten gegeben sind wie aktuell.

Und: Sie sorgt auch dafür, dass wir unsere Möglichkeiten ausschöpfen, vom Land und Bund im „individuellen Finanzausgleich“ die Zuschüsse zu erhalten, die wir für eine ordentliche Aufgabenerfüllung brauchen. Ob dies allerdings bei der Maßnahme „Fremersbergstadion“ reicht, muss bezweifelt werden: Dort können wir nach aktuellem Stand nicht alle Wünsche erfüllen.

Wir beschließen heute den Haushalt 2023 mit Weichenstellungen für die Folgejahre in der mittelfristigen Finanzplanung, die ich nicht mittragen kann, was den laufenden Bereich wie die geplanten Investitionen angeht. Sowohl bei den Einnahmen für 2023 und die Folgejahre hatten wir nicht den Mut zu Erhöhungen wie wir ihn nicht hatten bei den laufenden Ausgaben. Und erst recht fehlte er uns bei den Investitionen, in denen m. E. eine Reihe von nicht notwendigen Investitionen enthalten sind, die zum Glück zum Teil noch nicht begonnen sind. Ob wir den Mut haben werden zu Änderungen dabei: Ich habe Zweifel. Deshalb werde ich in diesem Jahr - erstmals in 14 Jahren – diesem Haushaltswerk meine Zustimmung versagen müssen.

Zum **Ergebnishaushalt 2023** ff:

Wofür geben wir unser Geld aus? Der größte Teil kommt wie immer unseren jungen Bürgern zugute. Die **Kindergärten** lässt sich die Gemeinde **26 %** oder 3,5 Mio. € kosten. *Kostenlose Kindergärten* sind ein Traumgespinnst: Von den Gesamtkosten von 5,8 Mio. € werden keine **9 % von den Eltern getragen** – eigentlich sollen dies etwa **12 %** sein von den **Gesamtkosten von durchschnittlich 1.000 € je Kind und Monat**. Und für die **Schulen** – deren Personalaufwand überwiegend das Land trägt – brauchen wir mit 1,6 Mio. € weitere **12 %** unserer jährlichen Mittel. Da hält sich die **innere Gemeindeverwaltung** mit **18 %**

oder 2,5 Mio.€ auf Platz 2 noch relativ gut. Und der **Straßenunterhalt** steht auf dem 3. Platz mit 2,3 Mio. € oder **17 %**. Andererseits machen aber die **Personalausgaben** mit **69 %** oder **9,5 Mio. €** den größten Teil unseres Ressourcenverbrauchs aus. 3,3 Mio.€ bezahlen wir an das Personal bei den Kindergärten, die uns mit zunehmender Kinderzahl und ständig niedrigeren Belegungszahlen je Erzieherin immer mehr kosten. Zum Glück haben wir in diesem Bereich aber engagierte Erzieherinnen im Einsatz. Und eine gute Gesamtleitung, die mit den Erzieherinnen manchen kurzfristigen Engpass überwinden und manche zusätzliche Gruppe ersparen kann, was Einsparungen beim laufenden Aufwand und bei den Investitionen möglich macht ohne Einbußen beim Betreuungsangebot. Nur frage ich provokativ: Brauchen wir uns eigentlich über Personalmangel in diesem Bereich zu wundern, wenn die Eltern selbst immer mehr Betreuung „an den Staat abschieben“ und die Erziehung anderen überlassen wollen?

Im **Investitionsbereich** werden wir es hoffentlich auch 2023 schaffen, beschlossene Maßnahmen ohne unvorhergesehene Mehrkosten abzuschließen. Für neue Maßnahmen steht aber die Nagelprobe auf Sinnhaftigkeit noch aus.

Was aus meiner Sicht heißt: Vor dem Startschuss der Realisierung steht auch für geplante Maßnahmen nochmals eine Überprüfung an, auch wenn sie schon im Haushalt oder im mittelfristigen Investitionsplan als „gewünscht und finanzierbar“ enthalten sind (wie die Container „Im Grün“).

Der *Kirchplatz und der Sankt Vinzenz-Park* sind weitgehend fertiggestellt – ob bei letzterem unsere „Einsparungswünsche“ realisiert wurden, wissen wir noch nicht. Der Gemeindeanteil beim Kirchplatz kann vielleicht indirekt noch „verringert“ werden, wenn unsere Bürger die „gelungene“ Gestaltung positiv finden. Sie könnten uns mit ihrem Votum dabei helfen, Kosten bei der Mängelbehebung bei den Nebengebäuden der *Einsegnungshalle* einzusparen und deren Erweiterung endgültig „ad acta“ zu legen – bisher wenigstens **erst 2025/2026**

eingepplant. Die *Badestelle* kommt ja – leider – wohl doch 2023 zum Start: Wer von den Befürwortern würde sie aus eigener Tasche finanzieren bei den jetzigen Planzahlen der Investitionen? Und beim laufenden Betrieb haben wir bis heute nur die Einschätzung gehört, dass deren jährliche Kosten bei 10 % der Investitionen liegen sollen – also nun etwa 60 T€ pro Jahr?

Und *Baumaßnahmen für Obdachlose*, wie sie 2023 – 2025 „In den Lissen“ mit **2.750.000 €** *eingepplant* sind, trage ich ebenso wenig mit wie die im laufenden Ergebnis „versteckten“ Kosten für „mobile“ Bauten „Im Grün“. Sie sind nicht bei den Investitionen enthalten, weil sie „angeblich“ (ungeklärt) zu 100 % vom Landkreis getragen werden. Auch dann, wenn diese Maßnahmen überdimensioniert sein sollten und dann „Leerstandskosten“ entstehen? Daran glaube ich nicht zum schriftlichen Beweis des Gegenteils – angefordert? Viel besser ist da der - partiell - gefundene Weg, leerstehende Gebäude für diese Zwecke anzumieten. Letzteres hat uns seit 2015 geholfen. Und die Ansprache von Bürgern war ja sogar so erfolgreich, dass wir Ende 2022 die Bürgerbegegnungsstätte in Halberstung ohne Probleme - vielleicht auf Dauer - aufgeben konnten. Diesen Weg müssen wir weitergehen und so den Verzicht auf nicht dauerhafte Neubauten wenigstens partiell ermöglichen.

FAZIT aus meiner Sicht:

Der Haushalt kann – mit Dank an die Verwaltung und an die Ratsmitglieder – zwar beschlossen werden, aus den genannten Gründen aber *nicht mit meiner Stimme*.

Bei der Umsetzung werden wir aber hoffentlich gemeinsam ein Augenmerk darauf haben, dass diese planmäßig gelingt und noch mögliche Nutzenerhöhungen und Kosteneinsparungen auch realisiert werden.